

**Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD
05. 07.2014 Würzburg**

1 **Antrag Nr. 3**

2

3 **Antragsteller:** SPD Kreisverband Haßberge
4 stellvertr. Kreisvors. Paul Hümmer,
5 Zeiler Str. 2, 97522 Sand, Tel. 09524/1733,
6

7 Adressat: SPD-UB-Parteitag Rhön-Haßberge
8 Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD
9 SPD Landtagsfraktion
10 SPD Bundestagsfraktion
11

12 ***Der Parteitag spricht sich gegen eine Umsatzbesteuerung bei***
13 ***Leistungen der öffentlichen Hand aus.***

14

15 Der SPD-Bezirksparteitag warnt vor Gesetzesänderungen bei der Umsatzbesteuerung der
16 öffentlichen Hand. Derzeit prüft eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern eine
17 Gesetzesänderung. Gemeinsam mit dem bayerischen Städtetag wendet sich die
18 Unterfranken SPD dagegen, dass Bund und Länder mit einer Gesetzesänderung viele
19 Leistungen der Kommunen der Mehrwertsteuer unterwerfen. Die Unterfranken SPD hält das
20 nicht für lebensgerecht, weil dies auch einen wahnsinnigen bürokratischen Aufwand
21 auslösen würde.

22

23 So müssten zum Beispiel Kommunen, die ihre Schulturnhallen an Sportvereine vermieten,
24 den Vereinen künftig Mehrwertsteuer in Rechnung stellen. Und: Wenn eine Kommune für
25 andere im Zuge der kommunalen Beistandsleistung tätig wird, etwa wenn sie im Rahmen
26 eines Zweckverbands für eine Nachbarkommune die Abwasserentsorgung übernimmt,
27 würde dies der Mehrwertsteuerpflicht unterliegen.

28

29 Für die Bürger bringt das keine Vorteile, im Gegenteil: für die Bürger wird es langfristig
30 teurer. Für die Kommunen wird es teurer und komplizierter, das löst einen enormen
31 bürokratischen Aufwand aus. Wenn es um Leistungsaustausch zwischen Kommunen geht,
32 wäre eine Umsatzbesteuerung total übertrieben. Deswegen appelliert die Unterfranken SPD
33 auch an den bayerischen Finanzminister die kommunalen Spitzenverbände zu unterstützen,
34 damit es zu lebensgerechten Lösungen kommen kann.

35

36 Eine Besteuerung der Beistandsleistungen würde die eigentlich gewünschte
37 Zusammenarbeit von Kommunen konterkarieren, so Ulrich Maly der Präsident des
38 Deutschen Städtetages. „Es ist schon widersinnig: Einerseits fordert das bayerische
39 Innenministerium zusammen mit den Innenministerien der Länder die Kommunen zu
40 verstärkter interkommunaler Zusammenarbeit auf, andererseits erwägen die Finanzminister
41 der Länder eine Umsatzbesteuerung kommunaler Beistandsleistungen, was die gewünschte
42 interkommunale Zusammenarbeit erschweren würde,“ so Maly.

43

44 Die SPD Bundestagsfraktion und der SPD Bundesvorstand werden aufgefordert
45 entsprechenden vorgenannten Bestrebungen entschieden entgegen zu treten.

46

47

48

49 angenommen Weiterleitung an: Ablehnung